

## Ausschuss-Beratungen am 20. November 2024 in Einfacher Sprache

Am Ende vom Bericht gibt es ein Wörterbuch.  
Alle unterstrichenen Wörter werden im Wörterbuch erklärt.

Am Mittwoch, 20. November 2024 ab 9:00 Uhr,  
gibt es wieder Ausschuss-Beratungen.  
Die Sitzungen vom Salzburger Landtag können [live](#) angeschaut werden.  
Die Sitzung beginnt um 9:00 Uhr.

TOP 1 (9:00 Uhr):

### [15a-Vereinbarung](#)

#### Sozial-Betreuungsberufe

Die Vorlage der Landesregierung wird am Mittwoch  
im [Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert.

In der Vereinbarung zu den Sozial-Betreuungsberufen  
geht es um Regelungen zu  
Berufsbild, Tätigkeit und Ausbildung  
bei den Sozial-Betreuungsberufen

Das wird geändert:

Die Altersgrenze beim Schul-Abschluss wird niedriger.  
Das Alter wird gesenkt auf 18 Jahre.  
Die Aufgaben für den Beruf von  
Heimhelferinnen und Heimhelfern werden erweitert.  
Die Heimhelferinnen und Heimhelfer  
dürfen in Zukunft mehr erledigen.

TOP 2 (9:30 Uhr):

#### Luft-Reinhalte-Gesetz für Heizungs-Anlagen

Die Vorlage der Landesregierung wird am Mittwoch  
im [Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert.

Mit dem Gesetz wird eine Richtlinie der EU umgesetzt.  
Die Regelung soll erreichen:  
Schadstoffe bei bestimmten Heizungs-Anlagen werden begrenzt.  
Die Luft wird weniger belastet.

TOP 3 (9:45 Uhr):

### [15a-Vereinbarung](#)

#### Grundversorgungs-Änderungsvereinbarung

Die Vorlage der Landesregierung wird am Mittwoch  
im [Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert.

Es gelten neue Regeln in der Grundversorgungs-Vereinbarung.

Die neuen Regeln bedeuten:

Es gibt mehr Geld für die Betreuung von Flüchtlingen,  
die besonders viel Schutz brauchen.

Zum Beispiel:

- [unbegleitete minderjährige Flüchtlinge](#) oder
- Personen, die Pflege brauchen.

Warum gelten neuen Regeln?

Es soll genug Plätze für die Betreuung geben,  
auch wenn alles teurer geworden ist.

Dafür ist mehr Geld notwendig.

**Die Änderung gilt ab dem 1. Jänner 2024.**

TOP 4 (11:00 Uhr):

#### Online-Dienste in Gemeinden

Der Bericht des Landesrechnungshofs wird am Mittwoch  
im [Finanz-Überwachungsausschuss](#) diskutiert.

Der Rechnungshof hat die Salzburger Stadtgemeinden  
Hallein und St. Johann im Pongau überprüft.

Und die Stadtgemeinden Mödling und Groß-Enzersdorf.

Der Rechnungshof hat sich angeschaut:  
Welche Online-Dienste gibt es für die Bürgerinnen und Bürger.  
Zum Beispiel:

- Anträge im Internet erledigen,
- Informationen im Internet bekommen.

Die Online-Dienste nennt man auch E-Government.  
Beim E-Government müssen die Bürgerinnen und Bürger  
NICHT persönlich ins Gemeindeamt kommen.  
Sie können die Anträge mit dem Computer erledigen.  
Oder: Informationen von der Gemeinde im Internet finden.

Der Rechnungshof wollte herausfinden:

- Welche Online-Dienste bieten die Städte an?
- Wie ist die Arbeit organisiert?
- Wie hoch sind die Kosten?
- Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind notwendig?

Der Rechnungshof hat die Jahre 2020 - 2022 überprüft.

TOP 5 (11:15 Uhr):

[Petition:](#)

Anstellung von pflegenden Angehörigen

Die Petition wird am Mittwoch  
im [Petitionsausschuss](#) diskutiert.

Fast 4.000 Personen haben die Petition unterschrieben.

In der Petition stehen diese Forderungen:  
Pflegerische Angehörige sollen  
vom Land Salzburg eine Anstellung für die Pflege bekommen.

Warum?

Mit einer Anstellung haben die pflegenden Angehörigen  
Schutz durch die Sozial-Versicherung.

Sie können auf Urlaub gehen.

Sie können sich weiterbilden.

Außerdem:

Es soll mehr Beratung geben.

Zum Beispiel:

- mehr Personal für die Pflege-Beratungsstellen
- mehr Information über Angebote zur Unterstützung.

Pflegende Angehörige sollen mehr Entlastung bekommen.

Sie sollen leichter Unterstützung bekommen.

Pflegende Angehörige sollen für ihre Arbeit geschätzt werden.

TOP 6 (14:00 Uhr):

## Anerkennung von Zeugnissen in Europa

Der Antrag der ÖVP wird am Mittwoch  
im [Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur](#) diskutiert.

In jedem Land gelten bestimmte Regeln für die Bildung  
und für die Bildungs-Abschlüsse.

Also für die Zeugnisse und für Zertifikate.

Die ÖVP schlägt vor:

Alle Bildungs-Abschlüsse in Europa

soll man miteinander vergleichen können.

Das gilt für Schule, Hochschule und Beruf.

Dafür soll sich die Bundesregierung in der EU einsetzen.

Es gibt in der EU einen Plan.

Der Plan heißt EQR.

EQR ist die Abkürzung für Europäischer Qualifikationsrahmen.

Mit dem EQR soll man die verschiedenen Bildungs-Abschlüsse in Europa  
miteinander vergleichen können.

So können Menschen in anderen Ländern leichter arbeiten  
oder weiterlernen.

Der EQR hat 8 Stufen.

Stufe 1 heißt: Jemand hat grundlegende Kenntnisse.

Stufe 8 heißt: Jemand hat besondere Kenntnisse.

Zum Beispiel einen Abschluss von einer Hochschule.

## TOP 7 (14:30 Uhr): Spezial-Ambulanz für ME/CFS

Der Antrag der GRÜNEN wird am Mittwoch  
im [Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit](#) diskutiert.

ME/CFS ist die Abkürzung für eine Krankheit.  
CFS heißt: Chronisches Fatigue Syndrom.

Personen mit ME/CFS  
fühlen sich immer sehr müde und erschöpft.  
Auch wenn sie genug geschlafen haben.  
Diese Müdigkeit geht nicht weg,  
auch wenn man sich ausruht.

Die Krankheit ME/CFS können Menschen  
nach einer Infektions-Krankheit bekommen.  
Zum Beispiel nach einer Covid-Infektion.

Die GRÜNEN fordern:  
ME/CFS-Kranke brauchen eine Spezial-Ambulanz.  
Sie brauchen eine bessere medizinische Unterstützung.  
Sie brauchen die Unterstützung schneller.  
Die Krankheit soll schnell erkannt werden.

## TOP 8 (15:30 Uhr): LKW-Maut in Österreich

Der Antrag der FPÖ wird am Mittwoch  
im [Ausschuss für Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität](#) diskutiert.

Eine Maut ist eine Gebühr,  
die Fahrerinnen und Fahrer zahlen müssen,  
damit sie bestimmte Straßen benutzen können.

Eine LKW-Maut in Österreich bedeutet:  
Lastwagen (LKW) müssen auf allen Straßen  
eine Gebühr zahlen.

Warum soll die Maut eingeführt werden?  
Eine LKW-Maut soll helfen,

dass die Straßen in gutem Zustand bleiben.  
Die Maut soll helfen bei den Kosten für den Bau von Straßen.  
Und für die Erhaltung von den der Straßen.

Die FPÖ schlägt vor:

Die LKW-Maut soll NICHT eingeführt werden.  
Die Kosten für Maut haben negative Auswirkungen.  
Zum Beispiel auf die Transport-Kosten.  
Die Waren werden teurer.

Die Güter sollen mit der Bahn transportiert werden.  
Dafür soll sich die Bundesregierung einsetzen.

## TOP 9 (16:00 Uhr):

### Park-Berechtigung für mobile Pflege-Kräfte

Der Antrag der SPÖ wird am Mittwoch  
im [Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert.

In der Straßenverkehrs-Ordnung gibt es eine Ausnahme-Regelung:  
Bestimmte Pflege-Kräfte dürfen im Halte-Verbot parken.

Dafür gelten genaue Regeln.

Die Erlaubnis haben diplomierte Pflege-Kräfte.  
Die Pflege-Kräfte sind in der Haus-Krankenpflege tätig.  
Die Erlaubnis gilt nur in der Zeit von der Pflege.

Es gibt eine ähnliche Ausnahme-Regelung für  
die Befreiung von der Parkgebühr.

Die SPÖ fordert:

Die Ausnahmen sollen für alle mobilen Pflege-Kräfte gelten.  
Zum Beispiel für.

- Pflege-Assistent:innen,
- Pflege-Fachassistent:innen,
- Haushaltshilfen.

Warum?

Die Arbeit von Personen in der mobilen Pflege  
und Betreuung soll leichter werden.

## TOP 10 (16:30 Uhr): Entlastung für Gemeinden

Der Antrag der KPÖ PLUS wird am Mittwoch  
im [Finanz-Ausschuss](#) diskutiert.

Viele Gemeinden in Salzburg haben finanzielle Probleme.  
Die Ausgaben von den Gemeinden steigen.  
Die Gemeinden müssen für Soziales und Bildung  
besonders viel Geld ausgeben.

Die KPÖ fordert:  
Städte und Gemeinden sollen eine bessere Finanzierung bekommen.  
Die Gemeinden sollen  
Geld von der [ÖBFA](#) bekommen können.  
Die ÖBFA kann vielleicht große Geldbeträge  
zu guten Bedingungen beschaffen.

Außerdem:  
Die Gemeinden mit finanziellen Problemen  
sollen eine Entlastung bei der Landesumlage bekommen.  
Die Landesumlage ist eine Gebühr,  
die die Gemeinden an das Land zahlen müssen.  
Gemeinden, mit finanziellen Schwierigkeiten  
sollen von der Gebühr befreit werden.

## Wörterbuch:

### 15a-Vereinbarung:

Eine 15a-Vereinbarung ist ein Vertrag zwischen dem Bund und dem Land Salzburg.

Man braucht einen Vertrag in dem steht, wer für was zuständig ist.

### Landesumlage:

Die Landesumlage ist eine Gebühr, die die Gemeinden an das Land zahlen müssen.

### ÖBFA:

ÖBFA ist die Abkürzung für Österreichische Bundesfinanzierungs-Agentur.

Die Aufgabe der ÖBFA ist:

Sie soll dafür sorgen,

dass der Staat Österreich immer seine Rechnungen bezahlen kann.

Die Bundesländer können Geld von der ÖBFA bekommen.

## Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) sind Kinder- und Jugendliche, die ohne Eltern auf der Flucht sind.

Kinder und Jugendliche brauchen mehr Schutz.

Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) gelten besondere Rechte.

Zum Beispiel:

Die Jugendlichen haben das Recht,

dass sie in einer Einrichtung für Jugendliche wohnen.

## Wörter, die in jeder Ausschuss-Sitzung vorkommen:

### TOP:

TOP ist die Abkürzung für Tagesordnungspunkt.  
Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen.  
Jeder Tagesordnungspunkt ist ein eigenes Thema.

### Tagesordnungspunkt:

Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen.  
Jede Sitzung ist in Tagesordnungspunkte eingeteilt.  
Jeder Tagesordnungspunkt bekommt ein eigenes Thema.  
Dieses Thema wird dann in dem jeweiligen Tagesordnungspunkt diskutiert.

### Ausschuss:

Die Abgeordneten arbeiten in Ausschüssen.  
Ein Ausschuss ist eine Gruppe von Fachleuten.  
Die Ausschüsse gibt es zu verschiedenen Themen.  
Zum Beispiel:  
zum Thema Soziales  
oder zum Thema Geld und Finanzen.

In einem Landtagsausschuss wird alles genau besprochen.  
Die Abgeordneten laden oft Fachleute in einen Ausschuss ein.  
Die Fachleute kennen sich bei bestimmten Themen gut aus.  
Die Abgeordneten beraten sich mit den Fachleuten.  
Die Fachleute können mit ihrem Wissen den Abgeordneten helfen.

Im Ausschuss sind weniger Abgeordnete als im Plenum.  
Beim Plenum treffen sich alle Abgeordneten.

## Die Parteien:

### FPÖ:

FPÖ ist die Abkürzung für Freiheitliche Partei Österreichs.

### GRÜNE:

Die Grünen

### KPÖ PLUS:

KPÖ ist die Abkürzung für Kommunistische Partei Österreichs.  
Plus heißt mehr.

### ÖVP:

ÖVP ist die Abkürzung für Österreichische Volkspartei.

### SPÖ:

SPÖ ist die Abkürzung für Sozialdemokratische Partei Österreichs.

## Die Ausschüsse:

### Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur:

Hier werden Themen besprochen,  
die mit Bildung, Schule, Sport oder Kultur zu tun haben.

### Ausschuss für Europa, Integration und Regionale Außenpolitik:

Hier geht es um Themen,  
die mit der Zusammenarbeit von Österreich  
und anderen Ländern in der EU zu tun haben.



## Ausschuss für Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität

Hier geht es um Planungen und den technischen Ausbau.

Zum Beispiel:

Planungen für den Öffentlichen Verkehr  
oder für neue Straßen  
oder für das Internet.

## Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit:

Hier wird über soziale Themen und Gesundheit gesprochen.

## Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen:

Hier wird über Wirtschaft, Energie oder Dinge,  
die man zum Leben braucht gesprochen,  
zum Beispiel das Wasser oder die Luft.

## Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grundverkehr:

Hier geht es um das Wohnen und das Planen.  
Es geht um Fragen,  
wo etwas gebaut werden darf und wo nicht.

## Ausschuss für Umwelt, Natur- und Klimaschutz:

Hier geht es um Dinge,  
die Einfluss auf unsere Umwelt haben.

## Finanz-Ausschuss:

Hier entscheiden die Abgeordneten,  
wofür das Land Salzburg Geld ausgeben soll.

## Finanz-Überwachungsausschuss:

Hier wird überprüft,  
ob das Geld vom Land sorgsam und richtig ausgegeben wird.

## Petitionsausschuss:

Hier werden Wünsche der Bevölkerung besprochen.

## Unvereinbarkeits-, Immunitäts- und Disziplinar-Ausschuss

Es geht um Meldungen,  
die die Abgeordneten nach dem Gesetz abgeben müssen.

Es soll alles transparent sein.

Das bedeutet: Es soll alles nachvollziehbar sein.

Im Immunitätsausschuss geht es  
um das Ersuchen von Behörden.

Zum Beispiel von der Bundes-Polizeidirektion.

Zum Beispiel um Zustimmung zu einer behördlichen Verfolgung  
von Abgeordneten.

## Verfassungs- und Verwaltungsausschuss:

Hier werden Gesetze beschlossen.

Redaktion:

Dr. Evelyn Feichtner-Tiefenbacher (Text) und Dr. Richard Voithofer, Salzburger Landtag – Landtagsdirektion, Wissenschaftlicher Dienst.

Evelyn Feichtner-Tiefenbacher ist Germanistin und von [capito Graz](#) als Fachkraft für Leichte Sprache und Barrierefreiheit zertifiziert.

Weitere Informationen über den [Salzburger Landtag in Leichter Sprache](#)

Für Leichte Sprache gelten genaue Regeln. [Informationen zu Leichter Sprache finden Sie auf der Homepage der Universität Hildesheim](#)

Bei Einfacher Sprache steht die Verständlichkeit im Vordergrund. Mit Texten in Einfacher Sprache können sich viele Menschen informieren. Die Sätze sind kurz. Fremdwörter werden vermieden. Fachbegriffe werden erklärt.